

Julian Nida-Rümelin

Die gefährdete Rationalität der Demokratie

Abstract: Western-style democracies are defined by the rule of law, inalienable fundamental rights, institutional stability and separation of powers. They are based on elected representatives and the rational participation of the people. So much for theory – and also for practice. But more and more people in Germany and Europe are doubting these foundations. This is fueled not only by media discourse, but also by politics itself, right down to the governing parties, considering, for example, the parliamentary intrigues of a Boris Johnson or Donald Trump. In the book *Die gefährdete Rationalität der Demokratie*, I analyzed what democracy can achieve and identified conceptual deficits that are becoming a threat in the current crisis. Importantly, clarifying an appropriate (self-)understanding of democracy strengthens this still unrivaled form of government. And it is the prerequisite for overcoming the challenges of democracy as a form of state and society.

Das Buch *Die gefährdete Rationalität der Demokratie*¹ verfolgt eine doppelte Zielsetzung: Es will in einer Phase, in der die Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform weltweit auf dem Rückzug ist, Orientierung bieten, populären Missverständnissen von Demokratie entgegenreten, insbesondere den unterschiedlichen Varianten des Populismus, überwiegend von rechts, aber teilweise auch von links, es will aber auch Selbst-Missverständnisse der sogenannten liberalen Demokratie aufklären, eben die spezifische Rationalität der demokratischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung herausarbeiten. Dabei war es mir auch ein Anliegen, die Ergebnisse der Collective-Choice-Theorie in einer verständlichen Form für ein angemessenes Verständnis der Demokratie fruchtbar zu machen.

¹ Erschienen 2020 bei der Edition Körber, der Verlag der Körberstiftung. Ich habe über viele Jahre eng mit der Stiftung kooperiert, unter anderem als Jury-Vorsitzender des Deutschen Studienpreises, später in Gestalt mehrerer Buchprojekte zu Bildungsthemen (*Philosophie einer humanen Bildung* 2013; *Der Akademisierungswahn – Zur Krise beruflicher und akademischer Bildung* 2014) und zur Migrationsethik (*Über Grenzen denken. Eine Ethik der Migration* 2016) sowie im Stiftungsprojekt *Stärkung der Demokratie*. Vgl. die drei Studien *Demokratie in der Krise* (2021), *Demokratie in der digitalen Transformation* (2022) und die noch nicht abgeschlossene zur Rolle der Zivilgesellschaft in der Demokratie. Diese drei Studien wurden an der Parmenides Stiftung in Pöcking durchgeführt, ihre Ergebnisse fließen in die Aktivitäten der Körberstiftung im Bereich *Demokratie stärken* ein. Die Studien finden sich auf der Homepage der Stiftung. Die im Text angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf diese Veröffentlichung.

Das Buch verfolgt aber noch ein zweites, eher persönliches, Ziel: Es ist erschienen im Jahr 2020, in dem ich emeritiert wurde und mir vorgenommen hatte, meine philosophische Arbeit der letzten Jahrzehnte in monografischer Form so kompakt wie möglich zu präsentieren. *Eine Theorie praktischer Vernunft* stellt als größere Monografie das Zentrum meiner philosophischen Arbeit dar (Nida-Rümelin 2020b), die Streitschrift *Unaufgereger Realismus* wendet sich gegen post-moderne und andere Formen des Anti-Realismus und *Die gefährdete Rationalität der Demokratie* sollte meinen verstreut publizierten Stellungnahmen zu Themen der politischen Philosophie in Gestalt einer kompakten demokratietheoretischen Positionierung einen Rahmen geben. Im Gegensatz zu meiner *Theorie praktischer Vernunft* richtet sich *Die gefährdete Rationalität der Demokratie* nicht in erster Linie an Lehrende und Studierende der Philosophie und anderer mit Fragen der Rationalität befassten Disziplinen. Ich hatte bei der Abfassung eine breitere Leserschaft vor Augen, die Lehrkräfte an weiterführenden Schulen, Medientätige und Demokratieinteressierte umfasst. Entsprechend habe ich mich bemüht, jeweils die Essenz eines Argumentes möglichst allgemeinverständlich darzustellen und auch komplexe, mathematische und logische Vorkenntnisse erfordernde Ergebnisse etwa der Collective-Choice-Theorie für ein angemessenes Verständnis der Demokratie fruchtbar zu machen, ohne in die Details der formalen Analyse zu gehen.²

Das Buch gliedert sich in 24 Kapitel, die auf drei Themen fokussieren: Das erste befasst sich mit dem Verhältnis von Liberalismus und Demokratie in Gestalt einer Kritik dessen, was in der politischen Rhetorik gern als liberale Weltordnung beschworen und verteidigt wird (Kap. 1–5), im fünften Kapitel wird für eine Alternative zu dieser Karikatur des Liberalismus in Gestalt einer „kosmopolitischen Alternative“ argumentiert (S. 60–69).³ Der zweite Teil befasst sich mit den Implikationen, die nach meiner Auffassung die rationalitätstheoretischen Analysen und Theoreme für ein angemessenes Verständnis von Demokratie haben (Kap. 6–15). Der letzte Teil des Buches (Kap. 16–24) setzt sich schließlich mit unterschiedlichen Formen der Demokratiekritik auseinander und votiert für ein Demokratieverständnis, das Rationalität, Gerechtigkeit und Deliberation integriert.

² Diese hatte ich zusammen mit Lucian Kern an anderer Stelle geleistet (Kern/Nida-Rümelin 2015). So hat, um ein Beispiel zu nennen, in meinen Augen das Gibbard-Satterthwaite-Theorem weitreichende Implikationen für die Konzeption demokratischer Selbstbestimmung, die ich an anderer Stelle ausgeführt habe (Kern/Nida-Rümelin 2015, Kap. 5; Nida-Rümelin 1999, Kap. 6, 10; Nida-Rümelin 2009, Kap. 14).

³ Vgl. auch Nida-Rümelin (2016a, 410–442): „Demokratie und Kosmopolitismus“, sowie die Aufzeichnung meiner drei Gastvorlesungen an der Mailänder Universität San Raffaele (Nida-Rümelin 2020c).

Demokratie ist eine spezifische Form der Selbstbestimmung, die auf den anthropologischen Prämissen der Freiheit und Gleichheit beruht. Diese Form kollektiver Selbstbestimmung wird durch Verfahren der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung realisiert, die auf Regeln beruhen, die allgemein zustimmungsfähig sind. Es ist also nicht der rationale Konsens als Ideal kollektiver Selbstbestimmung, sondern die Zustimmung zu Regeln höherer Ordnung, die das demokratische Institutionengefüge und die demokratische Praxis trägt. Die Praxis der Demokratie kann insgesamt als eine Form der Kooperation verstanden werden, das gilt selbst für dezisionistisch anmutende Formen der Entscheidungsfindung.⁴ Im Unterschied zu liberalistischen Demokratiekonzeptionen plädiere ich dafür, Demokratie auch als eine Lebensform zu begreifen:

Demokratie ist, wie wir gesehen haben, nicht lediglich ein Verfahren kollektiver Entscheidungsfindung. Demokratie beruht auf einem Konsens und auf geteilten normativen Überzeugungen, in deren Zentrum die Idee der Freiheit und Gleichheit aller Menschen steht. Diese Normen lassen sich nicht auf die politische Sphäre begrenzen, es handelt sich nicht um Normen, die das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zueinander regeln, während die lebensweltliche, die ökonomische, die kulturelle Praxis von ganz anderen Normen geprägt ist. [...] Die Staatsform der Demokratie setzt auf einer zivilgesellschaftlichen Praxis auf, die ohne eine Leitkultur des Humanismus nicht funktionsfähig ist. Ideologien der natürlichen Hierarchie, der Geschlechterungleichheit, der Rassendifferenz etc. sind mit einer demokratischen Ordnung und der sie tragenden zivilgesellschaftlichen Praxis unvereinbar (S. 228–229).

Die Demokratie hat eine spezifische Rationalität, die, wie die genauere Analyse zeigt, quer zu den üblichen Paradigmen der politischen Philosophie steht. Die essenzielle Rolle individueller Freiheitsrechte ist nicht etwa, wie meist angenommen wird, eine Einschränkung der Demokratie, sondern eines ihrer konstitutiven Elemente. Kein Individuum könnte Verfahren kollektiver Entscheidungsfindung zustimmen, wenn es nicht davon überzeugt wäre, dass diese seine individuellen Rechte nicht verletzen. Individuelle Rechte und demokratische Entscheidungen stehen nicht, wie oft angenommen wird, in einem Spannungsverhältnis, sondern sind in den demokratischen Institutionen einer repräsentativen, rechtsstaatlichen und gewaltenteiligen Demokratie miteinander unauflöslich verbunden. In der entscheidungstheoretischen Analyse ist es gerade die Garantie individueller Rechte, die kollektive Entscheidungen erst möglich macht, weil Menschen, die sich als Autorinnen und Autoren ihres Lebens verstehen, nicht bereit wären, einer politi-

⁴ Dies habe ich detailliert in einem Vortrag auf dem 19. Internationalen Wittgenstein Symposium 1997 unter dem Titel „Demokratie als Kooperation“ ausgeführt. Der Vortrag ist in den Proceedings des Symposions erschienen und im gleichnamigen Suhrkamp-Band wieder abgedruckt worden (Nida-Rümelin 1999, Kap. 10).

schen Ordnung zuzustimmen, in der sie ihre Eigenverantwortlichkeit und Freiheit einbüßen. Dieses „Möglichmachen“ ist als rationale Zustimmungsfähigkeit zu interpretieren, ohne die eine staatliche Ordnung legitimerweise nicht zustande kommen kann, denn es gibt keine Herrschaftsordnung von Natur, Menschen sind frei und gleich.

Dieses Komplementaritätsverhältnis wird auch durch das Liberale Paradoxon nicht infrage gestellt, das auf den indischen Ökonomen und Nobelpreisträger des Jahres 1998 Amartya Sen zurückgeht (Sen 1970, Kap. 6, 6*; Kern/Nida-Rümelin 2015, Kap. 11). Tatsächlich beweist das Theorem, dass ein fundamentaler Konflikt zwischen individueller Freiheit und kollektiver Wohlfahrt besteht.

Amartya Sen konnte beweisen, dass es unmöglich ist, individuelle Präferenzen in einer Weise zu aggregieren, dass sowohl Liberalität gesichert ist als auch alle Möglichkeiten zur Steigerung der allgemeinen Wohlfahrt wahrgenommen werden.

[...] Liberale Rechtsordnungen räumen jedem Individuum die Möglichkeit ein, in bestimmten Bereichen eigenständig, ohne Rücksicht auf die Präferenzen anderer zu entscheiden. Das, was wir als Privatsphäre bezeichnen, ist nicht nur dadurch charakterisiert, dass es auch vor den neugierigen Augen anderer geschützt ist, sondern vor allem dadurch, dass in dieser Sphäre die Person auf Präferenzen anderer keine Rücksicht nehmen muss. [...] Der überraschende Inhalt des Theorems ist, dass sich beide Prinzipien (die Existenz individueller Freiheitsrechte und die Realisierung von Zuständen, die die allgemeine Wohlfahrt optimieren) nicht simultan erfüllen lassen. Damit markiert es auch einen grundsätzlichen Konflikt zwischen Liberalismus und Utilitarismus (S. 127–128).

Damit ist aber keineswegs gezeigt, dass Demokratie und Freiheitsrechte in einem unauflösbaren Konflikt stehen, sondern allenfalls Utilitarismus und Liberalismus, oder in einer anderen Perspektive Ökonomismus und Humanismus. Der Konflikt lässt sich auflösen, indem man den individuellen Freiheiten dort Vorrang einräumt, wo sie für die Autorschaft des einzelnen Individuums unverzichtbar sind.

Auch wenn in einer homophoben Gesellschaft viele Dorfmitglieder eine starke Präferenz haben, dass in ihrem Ort keine gleichgeschlechtlichen Paare leben sollen, so sollten wir darauf keine Rücksicht nehmen. Jeder Mensch sollte selbst entscheiden können, mit wem er oder sie zusammenlebt (S. 129).

Das Kapitel endet mit folgender Feststellung:

Die Zustimmung zu einer politischen Ordnung werden Freie und Gleiche nur dann geben, wenn ihre individuelle Autonomie gesichert ist. Sie werden daher auf der Etablierung einer verlässlichen Rechtsordnung bestehen, die im Zweifelsfall selbst dann die individuelle Autonomie jeder einzelnen Person sichert, wenn dies im konkreten Einzelfall nicht im kollektiven Interesse ist (S. 131).

Das Buch endet mit dem Kapitel *Demokratie als Lebensform*. Dort wird zunächst ausgeführt, dass Demokratie nicht lediglich ein Verfahren kollektiver Entscheidungsfindung ist, sondern auf einem Konsens und auf geteilten normativen Überzeugungen beruht, in deren Zentrum die Idee der Freiheit und Gleichheit aller Menschen steht. Diese Normen lassen sich allerdings nicht auf die politische Sphäre begrenzen, es handelt sich nicht um Normen, die lediglich die politische Sphäre prägen, während die lebensweltliche, die ökonomische und die kulturelle Praxis davon unberührt bleiben kann. „Der pluralistische Kommunitarismus eines Michael Walzer geht ebenso in die Irre wie die liberalistische Trennungsthese von Politik und Kultur“ (S. 228). Das Kapitel endet schließlich mit einer Sorge:

Die Demokratie als Lebensform ist unterdessen auch in den westlichen Ländern gefährdet. Ihre zivilgesellschaftlichen Bedingungen erodieren. Die Sprache des politischen Konfliktaustrags wird zunehmend von Hassparolen, persönlichen und kollektiven Herabsetzungen, generell von einem Freund-Feind-Verhältnis der politischen Meinungsbildung geprägt. *Die Demokratie lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann*, sie kann ihre zivilisatorischen Bedingungen, eine Leitkultur des Humanismus, nicht erzwingen (S. 233).

Die Ursachen für diesen Erosionsprozess sind vielfältig und die empirischen Befunde bis heute keineswegs eindeutig. Eine berühmte These besagt, dass es sich bei dieser Krise im Kern um einen Kulturkonflikt zwischen kosmopolitisch gesinnten Milieus nicht nur unter den ökonomischen Eliten, sondern in größeren Teilen zwischen der gebildeten Mittelschicht und den eher kommunitaristisch Gesinnten in der traditionellen Arbeiterschaft, eines Großteils der ländlichen Bevölkerung, aber auch traditioneller Bildungseliten handelt. Es kann kein Zweifel bestehen, dass es diese unterschiedlichen soziokulturellen Milieus gibt und dass die Konflikte zwischen diesen Milieus eine neue Ausdifferenzierung politischer Repräsentation nach sich ziehen. Die Sprengkraft dieses Konfliktes hat jedoch tiefer gehende politische Gründe, die sich mit dem begrifflichen Instrumentarium, das wir in dieser Schrift entwickelt haben, analysieren lassen.

Wir haben Demokratie als eine spezifische Form kollektiver Autonomie beschrieben, in der die individuelle Autonomie gewahrt bleibt. In Zeiten der Globalisierung, der internationalen Verrechtlichung und einer sich ausbildenden globalen Zivilgesellschaft gerät dieses Modell unter Druck. Die einzelstaatlich organisierte Demokratie, als spezifische Form kollektiver Autonomie, beruht ursprünglich auf der Idee eines souveränen Nationalstaats. Diese Souveränitätsidee lässt sich unter den aktuellen Bedingungen der politischen und ökonomischen Praxis, aber auch angesichts der globalen kulturellen Entwicklungen nicht mehr durchhalten. Das demokratische Versprechen kollektiver Autonomie unter Wahrung der individuellen Autonomie zu sichern, stößt an die Grenzen internationaler Verträge, ökonomischer

Abhängigkeit, völkerrechtlicher Bindungen und schwer einschätzbarer Entwicklungen auf den globalen Finanzmärkten (S. 233–234).

Und schließlich werden die Voraussetzungen für eine Revitalisierung der Demokratie umrissen (S. 239 ff.)

- (1) die Einbettung demokratischer Nationalstaaten in eine internationale Rechtsordnung mit demokratischer Kontrolle,
- (2) eine programmatische Fundierung einer langfristig angelegten Politik,
- (3) die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung einer inklusiven politischen Öffentlichkeit auch unter den aktuellen Bedingungen digitaler Kommunikation,
- (4) eine effektive Gerechtigkeitspolitik, die der seit den 1980er Jahren um sich greifenden Tendenz zur Konzentration der Vermögens- und Einkommenszuwächse entgegenwirkt,
- (5) eine Alternative zur majoritären Identitätspolitik von rechts, aber auch zur pluralistischen Identitätspolitik von links, um die universalistischen und inklusiven Ansprüche demokratischer Rationalität intakt zu halten.

Der Rückzug in die eigene Gemeinschaft, die kommunitaristische Identifikation mit ihren Normen und Werten, die Abgrenzung gegenüber anderen Gemeinschaften und deren Normen und Werten, die mangelnde Bereitschaft über die Gemeinschaft hinweg zu kommunizieren, sich um Verständigung zu bemühen, die Instrumentalisierung kultureller Differenzen für populistische Kampagnen bedeuten am Ende den Verlust demokratischer Bürgerschaft. Ohne eine inklusive kulturelle Praxis auf der Basis gleicher Anerkennung und gleicher individueller Freiheit, gegründet auf der Idee gleicher Würde jeder Person, unabhängig von ihren jeweiligen Zugehörigkeiten kann es keine vitale Demokratie geben. Ohne die Leitkultur des Humanismus gibt es keine Demokratie als Lebensform (S. 243–244).

Fünf Repliken auf Regina Kreides Diskussionsbeitrag

(1) Regina Kreide schreibt:

Die Legitimität von Demokratie beruht letztlich, bei aller inhaltlichen Differenz, die zwischen den politischen Akteuren ausgetragen wird, auf der Annahme, dass zumindest hypothetisch politische Herrschaft, der sich die autonomen Individuen unterwerfen müssen, gegenüber jedem und jeder Einzelnen auf Basis rationaler Argumentation gerechtfertigt werden kann (Nida-Rümelin 2020a, 16). Erst durch einen solchen übergreifenden Konsens, der sich nicht auf die Ergebnisse demokratischer Prozesse, sondern auf die Verfahrensbedingungen bezieht, wird demokratische Legitimität gestiftet. Diese notwendigen, wenngleich nicht hinreichenden Bedingungen rationaler Argumentation, bedürfen darüber hinaus liberaler Grundüberzeugungen wie Freiheit, Gleichheit und einer Vorstellung von Gerechtigkeit. Rational ist Demo-

kratie dann, wenn sich die Bürger und Bürgerinnen wechselseitig Diskursfähigkeit und öffentlichen Vernunftgebrauch unterstellen (Nida-Rümelin 2020a, 155–156) (Kreide in diesem Band, 11–12).

Diese Wiedergabe meiner Position ist sehr nahe an meinen eigenen Formulierungen und doch findet sich in ihr eine – sicher unbeabsichtigte – Verschiebung von einer metaethisch realistischen, zu einer diskursethischen Interpretation. Das entscheidende Kriterium ist die – objektive – rationale Zustimmungsfähigkeit der institutionellen Grundstruktur. Der Konsens höherer Ordnung wird in meiner Demokratiekonzeption nicht erst durch den rationalen Diskurs gestiftet.

(2) Regina Kreide schreibt:

Nida-Rümelin bringt es auf den Punkt, wenn er schreibt, dass die Staatsform der Demokratie einer zivilgesellschaftlichen Praxis aufruhet, die ohne die Leitidee des Humanismus nicht funktionieren könnte (Nida-Rümelin 2020a, 229). Demokratie als Lebensform vereint somit rationale Argumentation in der politischen Öffentlichkeit mit lebensweltlicher Interaktionspraxis und humanistischen Idealen des wechselseitigen Respekts (Kreide in diesem Band, 12).

Auch hier findet sich eine analoge Verschiebung: Von der Leitkultur, vom Alltagsethos des Humanismus, von einer humanistisch geprägten Lebensform, zur „Leitidee“, zur Kognition, zum Diskurs – man könnte hier von einem kognitivistischen Bias sprechen. Ich bin dagegen davon überzeugt, dass die zivilkulturellen Bedingungen der Demokratie als Lebensform in den Selbstverständlichkeiten und Unverfügbarkeiten der alltäglichen Praxis der Interaktion und Kommunikation aufgehen können.

(3) Regina Kreide hat eine Nachfrage dazu, wie ich den demokratie-konstitutiven Konsens höherer Ordnung verstehe. Wenn man die Demokratie als eine Form der institutionell gestützten Kooperation versteht, wie John Rawls explizit und Jürgen Habermas implizit, dann liegt es nahe, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auf einen institutionellen Rahmen einigen, der diese Kooperation trägt und im Sinne von Rawls, dafür sorgt, dass die Verteilung der Vorteile dieser Kooperation gerecht ist (wie im Buch ausgeführt halte ich Bildungs- und Sozialstaatlichkeit für unverzichtbare Merkmale der Demokratie). Damit ein solcher Konsens höherer Ordnung möglich ist, muss es keineswegs eine durch Gründe eindeutig gestützte, allen anderen institutionellen Grundstrukturen vorzuziehende Option geben, die demokratische Zustimmung kann sich auch auf kontingente, historisch gewachsene Institutionen beziehen. Bedingung ist lediglich, dass diese mit dem Status der Bürgerinnen und Bürger als Gleiche und Freie, sowie zu praktischer und theoretischer Vernunft hinreichend Befähigte, vereinbar sind.

(4) Regina Kreide schreibt:

Womöglich ist es hilfreich, und das wäre auch die Rückfrage an Nida-Rümelin, eine Vorstellung von Macht zu unterstellen, die *vor* dem Prozess der konsensuellen Einigung präsent ist und weder die angemahnte Diversität moderner Gesellschaften einschränkt, noch einer transzendentalen Begründung anhängt, sondern stattdessen auf Auseinandersetzung und Inklusion in den politischen Prozess zielt (Kreide in diesem Band, 16).

Selbstverständlich ist nicht zu bestreiten, dass das jeweilige Design institutioneller Grundstrukturen auch in Demokratien das Ergebnis von Machtkämpfen, Aushandlungsprozessen, Klassen- und Kulturkonflikten ist. Daraus kann jedoch nicht geschlossen werden, dass diese ipso facto illegitim sind. So haben die Klassenausinandersetzungen in europäischen Staaten seit der Mitte des 19. Jahrhunderts im Laufe der Zeit zu einer institutionellen Balance ökonomischer und sozialer Interessen geführt, die über viele Jahrzehnte zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger beigetragen hat, bis diese zunächst, theoretisch seit den 1950er Jahren herausgefordert, und dann in der politischen Praxis seit den 1980er Jahren national und international unterminiert und oft genug zerstört wurde (dazu ist einiges in den ersten Kapiteln des Buches ausgeführt). Gesetze zu kritisieren, auch wenn sie in Übereinstimmung mit dem demokratischen Konsens höherer Ordnung entstanden sind, ist selbstverständlich legitim, ihnen zuwider zu handeln nur in eng beschränkten Fällen eines wohlbegründeten Widerstandsrechts.

(5) Schließlich stellt Regina Kreide die Frage, ob Demokratie als Lebensform nicht die Ausweitung demokratischer Praxis auch auf die wirtschaftliche Sphäre umfassen müsse. Im Buch wird dazu nichts ausgeführt. Das hat seinen Grund darin, dass ich in dieser Frage unterdessen agnostisch bin. Ich war über eine längere Zeit der Auffassung, dass ohne die eine oder andere Form der Wirtschaftsdemokratie die demokratische Ordnung unvollendet und gefährdet ist. Letzteres ist immer noch meine Überzeugung, die weitgehende Autonomie privater Verfügungsgewalt über Produktionsmittel führt zusammen mit der damit einhergehenden Spreizung der Einkommen auf Arbeitsmärkten und der gerade in jüngster Zeit wieder auffälligen Konzentration von großen Kapitalien in privater Hand zu einem Spannungsverhältnis zu den liberalen (gleiche individuelle Rechte) und egalitären (gleicher Status als Autorin oder Autor) Prinzipien der Demokratie. Dennoch ist es dem demokratischen Souverän überlassen, in welchem Umfang und zu welchen sozialen und kulturellen Kosten er die Vorteile wirtschaftlicher Konkurrenz und privaten Besitzes an Produktionsmitteln aufrechterhalten will. Die Demokratie ist mit einem breiten Spektrum unterschiedlicher Wirtschaftsordnungen vereinbar, von eher libertär geprägten, bis zu sozialistischen oder gemeinwirtschaftlichen, die kein Pri-

vateigentum an Produktionsmitteln vorsehen. Eine gemischte Wirtschaftsverfassung mit einer starken staatlichen Ordnungsfunktion, arbeitsrechtlichen Normen, garantierten Umwelt- und Sozialstandards und kartellrechtlichen Vorkehrungen, aber in diesem Rahmen auch freier privater Verfügbarkeit über Produktionsmittel scheint mir aus demokratischer Perspektive besonders attraktiv zu sein.

Literatur

- Kern, Lucian und Julian Nida Rümelin. 2015. *Logik kollektiver Entscheidungen*. Berlin: De Gruyter.
- Kreide, Regina. 2023. „Die gefährdete Demokratie. Ein Diskussionsbeitrag zur demokratietheoretischen Arbeit von Julian Nida-Rümelin“. In diesem Band.
- Nida-Rümelin, Julian. 1999. *Demokratie als Kooperation*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nida-Rümelin, Julian. 2009. *Philosophie und Lebensform*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nida-Rümelin, Julian. 2013. *Philosophie einer humanen Bildung*. Hamburg: Edition Körber.
- Nida-Rümelin, Julian. 2014. *Der Akademisierungswahn – Zur Krise beruflicher und akademischer Bildung*. Hamburg: Edition Körber.
- Nida-Rümelin, Julian. 2016a. *Humanistische Reflexionen*. Berlin: Suhrkamp.
- Nida-Rümelin, Julian. 2016b. *Über Grenzen denken. Eine Ethik der Migration*. Hamburg: Edition Körber.
- Nida-Rümelin, Julian. 2018. *Unaufgeregter Realismus: Eine philosophische Streitschrift*. Leiden: Brill Mentis.
- Nida-Rümelin, Julian. 2020a. *Die gefährdete Rationalität der Demokratie*. Hamburg: Edition Körber.
- Nida-Rümelin, Julian. 2020b. *Eine Theorie praktischer Vernunft*. Berlin: De Gruyter.
- Nida-Rümelin, Julian. 2020c. *Per un nuovo umanesimo cosmopolitico*. Mailand: Mimesis.
- Nida-Rümelin, Julian 2021. *Demokratie in der Krise. Ein Weckruf zur Erneuerung im Angesicht der Pandemie*. Hamburg: Körber-Stiftung.
- Nida-Rümelin, Julian 2022. *Demokratie in der digitalen Transformation*. Hamburg: Körber-Stiftung.
- Sen, Amartya. 1970. *Collective Choice and Social Welfare*. San Francisco: Holden Day.

